



Brune Timmer Schlüter PartG mbB

Wirtschaftsprüfer • Steuerberater | Dortmund • Düsseldorf

JAHRESABSCHLUSS

DES

**Landesverband der Privatkliniken
in Hessen e.V.**

Frankfurt

zum 31. Dezember 2024

BTS BRUNE TIMMER SCHLÜTER PartG mbB

DORTMUND (Westfalen Center)

Lindemannstraße 77 · 44137 Dortmund

Telefon +49 231 - 58 707-0

Telefax +49 231 - 58 707-10

E-mail: mail.do@btspartner.de

Dirk Timmer, WP/StB

Fachberater für Unternehmensnachfolge
(DStV e.V.)

www.btspartner.de · Partnerschaftsregister: AG Essen PR 3135 · International assoziiert mit

DÜSSELDORF

Niederkasseler Lohweg 18 · 40547 Düsseldorf

Telefon +49 211 - 522 859-0

Telefax +49 211 - 522 859-70

E-mail: mail.dd@btspartner.de

Stephan Brune, WP/StB, zert. Testamentsvollstrecker (AGT)

Klaus Schlüter, StB/FBIStr

In Kooperation mit Ralf Spielhofen, RA

ARNSBERG (Kooperation)

Oberstraße 2 · 59755 Arnsberg

Telefon +49 2932 - 939 03-00

Telefax +49 2932 - 939 03-99

E-mail: mail.ar@bhccpartner.de

www.bhccpartner.de

In Kooperation mit BHC BRUNE HÖNNEMANN CRAMER & PARTNER mbB · Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer und Steuerberater





Brune Timmer Schlüter PartG mbB

Wirtschaftsprüfer • Steuerberater | Dortmund • Düsseldorf

Wir haben auftragsgemäß den Jahresabschluss für

**Landesverband der Privatkliniken
in Hessen e. V.**

bestehend aus

Bilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
Anlageverzeichnis

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2024 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Grundlage für die Erstellung waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Dortmund, 24. April 2025

BTS Brune Timmer Schlüter PartG mbB
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

[REDACTED]
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater



Bilanz zum 31.12.2024

Landesverband der Privatkliniken in Hessen e.V. Landesverband, Frankfurt am Main**AKTIVA**

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen			
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3,00	3,00	3,00
Summe Anlagevermögen	3,00	3,00	3,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.818,50	71.845,50	71.845,50
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>657,86</u>	<u>1.848,15</u>	<u>1.848,15</u>
	9.476,36	73.693,65	73.693,65
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	567.772,44	505.110,02	505.110,02
Summe Umlaufvermögen	577.248,80	578.803,67	578.803,67
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
	2.117,74	3.348,19	3.348,19
	<u>579.369,54</u>	<u>582.154,86</u>	<u>582.154,86</u>

Bilanz zum 31.12.2024

Landesverband der Privatkliniken in Hessen e.V. Landesverband, Frankfurt am Main**PASSIVA**

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		574.098,22	584.846,90
II. Jahresfehlbetrag		5.105,09	10.748,68
Summe Eigenkapital		<hr/> 568.993,13	<hr/> 574.098,22
B. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		3.487,60	2.200,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.186,12		331,91
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.186,12 (EUR 331,91)			
2. sonstige Verbindlichkeiten	5.702,69		5.524,73
- davon aus Steuern EUR 4.678,74 (EUR 4.537,80)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 1.023,95 (EUR 986,93)			
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 5.702,69 (EUR 5.524,73)			
	<hr/> 6.888,81		<hr/> 5.856,64
	<hr/> 579.369,54		<hr/> 582.154,86
	<hr/> <hr/>		<hr/> <hr/>

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2024 bis 31.12.2024

Landesverband der Privatkliniken in Hessen e.V. Landesverband, Frankfurt am Main

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		1.194.728,75	1.146.645,78
2. Gesamtleistung		1.194.728,75	1.146.645,78
3. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	118.901,52		116.570,35
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>25.666,16</u>		<u>26.123,57</u>
		144.567,68	142.693,92
4. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Raumkosten	15.869,53		14.847,46
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	974.376,97		910.529,59
c) Reparaturen und Instandhaltungen	57,83		1.060,29
d) Fahrzeugkosten	9.466,60		9.435,36
e) Werbe- und Reisekosten	37.262,51		51.991,95
f) verschiedene betriebliche Kosten	<u>29.069,64</u>		<u>26.823,22</u>
		1.066.103,08	1.014.687,87
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		11.043,53	157,71
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	41,59
7. Ergebnis nach Steuern		4.898,48-	10.619,89-
8. sonstige Steuern		206,61	128,79
9. Jahresfehlbetrag		5.105,09	10.748,68

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlags, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.